



Rund 80 Personen folgten der Einladung zur kantonalen Parteiversammlung. Penti Aellig informierte über die Beschlüsse der schweizerischen Parteiversammlung und erklärte die dort erzielten Voten. **Es wurden folgende Parolen gefasst**

Eidgenössische Vorlagen:

«Reform Altersversorgung 2020» 0 JA 70 NEIN 1 Enthaltung

Hannes Germann stellte den Bundesbeschluss über die «Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Mehrwertsteuererhöhung» sowie das Bundesgesetz über die «Reform der Altersvorsorge 2020» vor.

«Leider verfehlt die vorliegende Reform die bundesrätliche Zielsetzung gänzlich. Trotz zusätzlicher Finanzspritze in Milliardenhöhe über spürbar höhere Mehrwertsteuer und Lohnbeiträge, erhält die AHV gerade einmal eine Verschnaufpause von wenigen Jahren. Schon bald verschärft sich das Finanzierungsproblem durch den unverantwortlichen Ausbau mit der Giesskanne zusätzlich. Ab 2027 steckt die AHV schon wieder in den roten Zahlen. 2035 fehlen bereits wieder 7 Milliarden Franken – pro Jahr! Statt die Renten auf heutigem Niveau nachhaltig zu sichern und die Finanzierung zu stabilisieren, werden bereits ab 2025 weitere drastische Massnahmen zur Sicherung der AHV notwendig sein. Diese Scheinreform erhöht deshalb den Druck auf Rentenalter und weitere Steuererhöhungen zusätzlich. Mit dieser Reform wird eine Zwei-Klassen-AHV eingeführt, denn die aktuellen Rentner bekommen die 70 Franken an ihre AHV-Rente nicht. Das ist ungerecht und widerspricht dem zentralen Gedanken der AHV, dass alle gleich behandelt werden. Die heutigen Rentner werden gar noch zur Kasse gebeten, indem sie die Reform über höhere Mehrwertsteuern mitfinanzieren.

Hannes Germann empfahl der Versammlung den Bundesbeschluss über die «Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Mehrwertsteuererhöhung» und die «Reform der Altersvorsorge 2020» zur Ablehnung.

Vorlage zur «Ernährungssicherheit» 52 Ja / 8 Nein / 9 Enthaltungen

Bei der Vorlage geht es um den Gegenvorschlag des Ständerates zur Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“ des Bauernverbandes. Dieser hat seine Initiative zugunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen. Der Gegenvorschlag sieht vor, dass für die Ernährungssicherheit ein umfassendes Gesamtkonzept in die Verfassung aufgenommen wird. Dazu gehören die Sicherung des Kulturlandes, eine Standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion und eine auf dem Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Der Gegenvorschlag ist auf die gesamte Wertschöpfungskette ausgerichtet, „vom Heu- bis zur Essgabel“. Hans Ueli Graf empfahl der Versammlung die Vorlage zur Annahme Dies obwohl das Ganze ein Nullsummenspiel für unsere Bauern sein wird, ja sogar die Gefahr einer noch grösseren Bürokratie und Bevormundung in sich birgt.

Kantonale Vorlagen:

«Tourismusförderungs-gesetz» 39 Ja / 27 Nein / 4 Enthaltungen

Andreas Neuenschwander betonte, dass es für den Kanton Schaffhausen und für den Tourismus von zentraler Wichtigkeit ist, dass Schaffhausen über ein neues Tourismusgesetz verfüge. Der Kantonsbeitrag von 250'000 Franken sei angemessen und sehr gut investiert. Es gehe bei dieser Abstimmung auch um viele Arbeitsplätze, welche so erhalten bleiben.

Dieser knappe Entscheid zeigt, dass nicht alle einverstanden sind damit, dass der Staat unter dem Deckmäntelchen Tourismusförderung künstlich Staatsstellen zu erhalten sucht. Die Förderung privatwirtschaftlicher Betriebe kann nicht Sache des Staates sein, zumal mit dem Naturpark bereits ohne messbarem Erfolg, für dasselbe Anliegen Millionen an Steuergeldern fließen.

« Volksschulinitiative» mit 60 Ja / 1 Nein / 7 Enthaltungen

Die Initiative kam aufgrund der Sparmassnahmen des EDs zustande. Diese sah vor, dass auf Kosten der Kinder und des Unterrichts gespart werden muss. Konkret ging es um 14 Pflichtlektionen pro Woche. Mit dem Gegenvorschlag wollte der Regierungsrat noch 7 Lektionen streichen. Nun soll die Anzahl Lektionen im Gesetz verankert werden. Aus Sicht der SVP ist klar, sparen in der Verwaltung, der überbordenden Bürokratie ja, aber nicht im Schulzimmer.